Auflage 35000 Exempl.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Nicht Gelten kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilstelle für Wechsel.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 27. April. In der heutigen Reichstagssitzung war der Unterstaatssekretär Scholz ermächtigt, das Bedauern des Reichskanzlers auszusprechen, weil dieser gesundheitlich verhindert sei, persönlich das Stempelgesetz zu vertreten. Jeder Temperaturwechsel ist ihm ärztlich untersagt worden.

Hamburg, 27. April. Bei der heutigen Reichstagswahl erhielten Hartmann (soz.-dem.) 13,151, Nee (fortschr.) 6465 und Wilke (kons.) 3599 Stimmen.

Kinder-Garderoben-Magazin
von **J. Boss,** Wilsdrufferstrasse 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe** für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Bestellungen nach Maass werden in eigenen Ateliers prompt erledigt.

Nr. 119. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wechselnde Bewölkung, Temper. dieselbe, keine wesentl. Niederschl. **Dresden. Mittwoch, 28. April.**

Politisches.

's ist eine verkehrte Welt: der Bundesrath besetzter, der Reichstag leerer denn je zuvor. In ihrem Sitzungssaale finden die Bundescommissare kaum noch Platz zum Sitzen, von den Sitzplätzen der Reichstagsabgeordneten aber wird kaum ein Drittel umgeklappt. Am Sonnabend fehlten 254 von 397 Abgeordneten, am Montag ließ es der Präsident gar nicht auf ein Auszählen ankommen, sondern schloß die Sitzung, weil augenscheinlich blos etwa 70 Abgeordnete da waren. Und doch hatte am Sonntag der Telegraph überall im deutschen Reiche die Säumigen zur Fahrt nach Berlin munter gehämmert! Vergebliche Verwendung der Elektricität mittelst der Apparate von Morse und Hughes! Unter allen politischen Parteien ist ein Katzenjammer ausgebrochen, der sich gar nicht beschreiben läßt. Die wenigen pflichttreuen Abgeordneten haben, ohne alle Ausnahme, den Wunsch, der Reichstag möge lieber heute als morgen zu Ende gehen. Satt sind sie der Debatten und los möchten sie gern kommen von den fatalen Abstimmungen über die Steuervorlagen. In den zahmsten Zeitungen kommt der lange verhaltene Unmuth über unsere Steuerzukunft endlich zum Durchbruch; die Abgeordneten erhalten aus ihren Wahlkreisen von den loyalsten, conservativsten Männern dringende Aufforderung, sich der Mehrbesteuerung zu widersetzen, sonst würden sie nicht wieder gewählt. Steuern, nichts als Steuern, schallt es alle Tage, und das ist selbst den eingerittensten, militärfrommsten Jasagern zu viel. Nur mögen die Abgeordneten, die sich um ein Ja oder Nein in den Steuerfragen durch Sitzungsschwänzen herumdrücken möchten, sich nicht einbilden, daß sie damit dem Volke die Steuern ersparen helfen. Hierfür giebt es schon noch Hilfsmittel! Wenn der Reichstag nicht mehr beschlußfähig zusammenzuhalten ist, wie wäre es, he? wenn man die Ziffer, die zur Gültigkeit eines Beschlusses erforderlich ist, herabsetzte? Hm! Zwar wäre dies eine Gewaltthätigkeit schlimmster Art, aber was passirt nicht heutzutage? Allen Ernstes wird der Plan erwogen: extra blos um die neuen Steuern noch rasch durchzudrücken, solle der Reichstag seine Geschäftsordnung ändern und seine Beschlußfähigkeit herabsetzen. Jetzt beträgt sie die absolute Mehrheit, d. h. die Hälfte + 1. Künftig soll schon die Anwesenheit von 150, oder gar nur von 100 Abgeordneten genügen, um einen Beschluß zu fassen. Da muß man doch sagen: Hütet Euch, Ihr Abgeordneten, vor einer Euch so entwürdigenden Maßregel! Bedenkt, was Ihr thut! Wie doch? Wurde es nicht neulich als ein unerträglicher, widersinniger Zustand bezeichnet, daß im Bundesrathe die kleinstaatlichen Stimmen die drei größten Königreiche majorisirten und die Vertreter von 5½ Millionen denen von 34½ Millionen Gesetze geben wollten? Ganz so käme es im Reichstage. Genügt schon die Anwesenheit von 100 Abgeordneten zu einem giltigen Beschlusse, so schreiben dann 50 + 1 Abgeordnete, also die Vertreter von 1 über 5 Millionen Deutschen, den übrigen 35 Millionen alle die neuen Steuern vor, mit denen das „zur Wohlfahrt der Nation" gegründete Reich beglückt werden soll.

Endlich muß es doch einen Punkt geben, wo einmal Widerstand geleistet wird. Laßt Euch, Ihr Volksvertreter, doch nicht mit der Drohung des lanzlerischen Demissionsgesuches schrecken! Aus vorzüglichster Quelle hören wir, daß der Botschafter Deutschlands in Frankreich, Fürst Hohenlohe, nicht so bald wieder auf seinen Pariser Posten zurückkehrt, sondern zu einer noch höheren Verwendung im Dienste des Gesammtvaterlandes jetzt in Berlin sich einrichtet. Eine Probe darauf nun, wie weit die Widerstandsfähigkeit vor einem lanzlerischen Entlassungsgesuch zurückweicht, wird die Abstimmung über die Samoa-Vorlage liefern. Nachdem die Hohlheit des ganzen Unternehmens, die Actienmacherei und die Gründungssünden durch Thatsachen aufgedeckt worden sind, die Niemand widerlegen kann, müßte man eigentlich erwarten, daß kein einziger Abgeordneter sich für das Gesetz erhöbe. Weit gefehlt! Die „Nordd. Allg. Ztg." erhitzt sich für diese Gründung schon deshalb, weil sie selbst das Eigenthum einer Actiengesellschaft ist, die bei der Samoagründung stark betheiligt ist und die große Verluste erlitte, falls die darauf eingezahlten 15 Proc. durch Ablehnung des Reichstages futsch wären.

Das Beispiel der Czechen, welche die Deutschen immer mehr von dem Unterrichte ausschließen, wirkt auf alle Slaven Oesterreichs ermunternd. Der kleine slavische Volksstamm im Süden der österreichischen Monarchie, die Slovenen, denken: wenn die Czechen nach Herzenslust die Prager Universität und die Mittelschulen slavisiren dürfen, warum sollt Ihr nicht das Gleiche thun? So folgt der Spur, welche das czechische Staatsschiff vorgezeichnet hat, die Nußschale der Slovenen und diese setzten durch, daß deutsche Gymnasien und Realschulen in Steiermark, Kärnthen, Istrien und Görz slovenisirt werden sollen. Hätte nicht das Deutschthum in Oesterreich so tiefe geistige Wurzeln geschlagen, so könnte uns um dessen Zukunft bange sein. Leicht ist aber die Gefahr der gewaltsamen Slavisirung unserer Stammesbrüder in Oesterreich nicht zu nehmen. Der Uebermuth der Slaven geht bereits so weit, die Ehre eines Mädchens in öffentlicher Sitzung der Volksvertreter anzutasten, obwohl das Mädchen kein anderes Vergehen sich hat zu Schulden kommen lassen, als von deutschen Eltern abzustammen. Die Regierung Oesterreichs aber begünstigt die Slavisirung der Monarchie auf's Offenbarste. Ebenso gehetzt befindet sich bekanntlich das Deutschthum in Ungarn. Und dabei ist die K. K. Monarchie, die sich gegen unsere Zollpolitik so feindlich verhält, die in beiden Reichstheilen deutsches Wesen und Sprache hart bedrängen läßt, immer noch der beste, der einzige Alliirte Deutschlands! Es wäre zum Lachen, ginge es unseren Stammesgenossen nicht dabei so gar schlecht.

Die Türkei bedient sich der wilden Albanesen und Arnauten, um die christlichen Völkerschaften der Balkanhalbinsel: die Serben, Bulgaren, Griechen und Montenegriner auseinanderzuhalten. Nach langen Hin- und Herverhandlungen zwischen der Türkei und Montenegro war das Gebiet festgestellt worden, was ersteres vertragsmäßig letzterem abzutreten hat. Natürlich trennt sich der Sultan nur mit höchstem Widerstreben von früherem Besitze. Er hetzt also die leicht fanatisirbaren Bergstämme der Albanesen auf, Montenegro sich nicht seines neuen Gebiets bemächtigen zu lassen. Die türkischen Generäle Osman und Izzet Pascha übergeben das abzutretende Gebiet nicht, wie ausgemacht, den montenegrinischen Truppen, sondern rücken vorher ab, in ihre Stellungen aber rücken Albanesen ein, welche die nunmehr heranrückenden Montenegriner mit Gewehrschüssen empfangen. Diese sehen Schaaren von 8—9000 wohlbewaffneter Gegner vor sich. Natürlich läßt sich Europa nicht gefallen, daß die Türkei ein solches Spiel erlaubt. Es fragt sich nur, ob der Sultan noch die Macht besitzt, jene wilden Bergvölker zurückzurufen. Diese Albanesen und Arnauten beunruhigen in Gestalt von Räuberbanden auch die andern Balkanstaaten: Bulgarien, Serbien und Griechenland.

Der neue englische Minister des Auswärtigen, Lord Granville, findet also auf dem Balkan sofort Arbeit. Seine Berufung zeigt, daß auch die Whigs im Allgemeinen den von dem Berliner Frieden geschaffenen Zustand anerkennen wollen und diese Aussicht entwaffnet viele Gegner, welche die neue englische Regierung auf dem Continente hat. Gladstone selbst hat sich die Riesenaufgabe vorbehalten, Premier- und Finanzminister zugleich zu sein. Seine Freunde haben Sorge, ob dieser Doppellast seine Gesundheit gewachsen ist. Er wird zunächst Ordnung in die von Beaconsfield gründlich verfahrenen Finanzen bringen und diese wie andere Reformen im Innern nehmen ihn so in Anspruch, daß er nach Außen hin um so eher Ruhe halten wird. Wie schwierig es der Königin Victoria geworden ist, die Tories zu entlassen, ersieht man an manchen Einzelheiten. Als sie den Gemäßigsten der Whigs, Lord Hartington, zu sich nach Schloß Windsor entboten hatte, schickte sie ihm nicht einmal, wie das sonst üblich, einen Hofwagen und Lord Hartington mußte in strömendem Regen vom Bahnhofe zum Schlosse gehen und ebenso ward er auf dem Rückwege durchnäßt. Die Engländer sind über diese Behandlung nicht sehr erbaut und ertheilen den Staatsmännern, welche die Königin zu sich beruft, den Rath, sich wenigstens mit einem Regenschirm zu versehen. Und was wird die Königin Victoria erst empfunden haben, als sie dem tiefverhaßten Gladstone den weißen Stab und das Geheimsiegel, diese Attribute der obersten Regierungsgewalt, in die Hände legte und Gladstone zum Dank ihr die Hand küßte! Der Himmel mag bei diesem Aktus gelacht haben, die Königin nicht. Als Gladstone als Premier nach London zurückkehrte, umbrauste ihn dafür der Jubel des Volks. In England setzt das Volk mit der unbezwinglichen Einfachheit und Selbstverständlichkeit eines Naturgesetzes die Minister ab, die sein Vertrauen verloren. Glückliches England!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 27. April. Reichstag. Die 2. Berathung der Samoa-Vorlage eröffnete der Abg. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst (deutscher Botschafter aus Paris), um der Ansicht entgegenzutreten, als lege die Reichsregierung ein nur geringes Gewicht auf die Vorlage. Nach den großen Opfern, die bisher für den Handel und die Schifffahrt in der Südsee gebracht wurden, würde sie die Verwerfung bedauern. Die Ansiedelungen auf Samoa seien nicht nur an sich von großem Werthe, durch dieselben würde auch die Rhederei gefördert und der deutsche Waarenverkehr erhalte hier einen gesicherten Rückhalt, den er im englischen Australien nicht habe. Der Uebergang des Unternehmens in fremde Hände, das Herabziehen der deutschen Flagge würde das Ansehen Deutschlands in den Augen jener Völker bedeutend herabsetzen, ein Eindruck, der sich bald über die ganze Südsee erstrecken würde. Löwe-Berlin protestirt gegen die Unterstützung eines verfrachten Unternehmens von Reichswegen. Das Unternehmen sei nicht rentabel und ohne wirthschaftlichen Werth. Das Reich könne seine Unterthanen in der Fremde auch schützen, ohne Geschäfte dort zu machen. Für die Vorlage tritt vom Bundesrathstische Geh. Reg.-Rath Reuleaux, der deutsche Commissar für die australischen Weltausstellungen, in längerer Rede ein. Die Vorlage sei das Glied einer großen Kette von Beziehungen des Handels und der Schifffahrt, aus der sie nicht gerissen werden dürfe. Er verweilte lange bei den Kolonien auf dem australischen Festlande und dem mit denselben getriebenen Handel, der nur zum verschwindend kleinen Theile in deutschen Händen ruht. Die fehlende direkte Verbindung lasse sich durch die Deutsche Seehandels-Gesellschaft herbeiführen. Samoa biete Gelegenheit zu lohnender Rückfracht. Als das Haus Godeffroy erschüttert war, wären die Engländer erfreut gewesen; als die Kunde nach Australien gedrungen war, daß das Reich das Unternehmen stützen wolle, hätten die Deutschen in Australien gejubelt. Das Klima sei heiß, aber unschädlich, der Boden fruchtbar. Reuleaux nahm zum ersten Male am Regierungstische Platz. Seine Rede, die freilich über Samoa wenig brachte, wurde Anfangs mit großer Aufmerksamkeit angehört, als er aber allzulange bei den 6 Millionen Schafen Neuhollands verweilte, wurde das Haus etwas unruhig. Dr. Bamberger vermißt, trotzdem daß die Regierung Reuleaux als Vorspann genommen, immer noch triftige Motive; an Stelle alles dessen, was gesagt worden, hätte man ebenso gut Robinson Crusoe bringen können. Mosle habe ihm den südlichen Sternenhimmel gezeigt und sich darauf berufen, daß er unter denselben Breitegraden so und so viel Tausend Meilen von Samoa geweilt. Dazu, daß Australien eine schöne blühende Colonie sei, hätte man Reuleaux nicht gebraucht. Als Vertreter der Vorlage sei ihm v. Kusserow lieber als Reuleaux. Ueber Samoa habe man nichts erfahren. Durch die Vorlage würde eine große Zahl von Firmen geschädigt. Er möchte die Plantagen nicht einmal geschenkt haben. — Er sei überzeugt, der Regierung geschähe der größte Gefallen, wenn die Vorlage abgelehnt werde. Redner schloß seinen mit allerlei bon-mots durchsetzten Speech unter dem Bravo der Linken und dem Zischen der Rechten. Bundescommissar v. Kusserow: Die Ablehnung der Vorlage wäre eine Niederlage der deutschen Industrie. Hierauf erfolgte die Ablehnung mit 128 gegen 112 St. Sämmtliche anwesende sächsische Abgeordnete (Ackermann, Dietze, Dr. Frege, v. König, Landmann, Reich, Richter-Tharandt, Schwiedel, Dr. Stephani) stimmten für die Vorlage. Die Münznovelle wurde an eine Commission verwiesen. Unterstaatssekretär Scholz leitete die 1. Berathung des Reichsstempelgesetzes mit einer Entgegnung auf die gegen den Entwurf bisher geäußerten Bedenken ein. Abg. Sonnemann anerkannte, nachdem dem Reiche erst 130 Millionen neue Zölle bewilligt worden, kein Bedürfniß für die Vorlage. Hinter derselben lauere zwar das Gespenst des Tabaksmonopols; doch würde dasselbe auch kommen, wenn die Stempelsteuer bewilligt werde. Er ist gegen die Höhe der Steuer auf ausländische Actien ꝛc., weil dieselben dadurch aus dem inländischen Verkehr gewiesen würden, sowie gegen die Quittungssteuer überhaupt. v. Wedell-Malchow: Die Vorlage entspreche einer alten Forderung der conservativen Partei: das Kapital schärfer zu den Bedürfnissen des Reiches und der Einzelstaaten heranzuziehen, die Börse höher zu besteuern. Man habe die Militärvorlage bewilligt, wodurch 17 Mill. Mk. Mehrausgaben entständen, die gedeckt werden müßten. Auswärtige Actien zu besteuern erfordere die Gerechtigkeit. Wenn eine Börsensteuer wirksam sein solle, müsse sie sich nach dem Werthe der Objekte richten und nicht eine Durchschnittssteuer sein, wie Sonnemann wolle. Er wendete sich, zugleich auch im Namen der meisten seiner Gesinnungs-Genossen, gegen den Quittungsstempel, der viel zu sehr in die Verhältnisse des kleinen Mannes eingreife. Die Reichsbank habe gar keinen Anspruch auf Quittungsstempelbefreiung. Die Lotterieloosteuer könne am wenigsten bemängelt werden; durch das Lotteriespiel werde ein müheloser Ertrag erzielt. Hierauf wurde die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 27. April. Nach Bundesrathsbeschluß tritt die Bestimmung, wonach Substitutionen nie länger als eine Sitzung gelten und für nächste Sitzung unmittelbar Bevollmächtigung seitens der Regierung stattfinden muß, nach 14 Tagen in Kraft. Die rumänische Bahnsache kann als applanirt gelten. Ueber ⅞ des Actienkapitals sind bereits zum Umtausch laut Konvention deponirt. Die Post erklärt, die Meldungen von einem Wechsel im Ministerium, auch bezüglich Stephans für unbegründet. Der Bundesbevollmächtigte Hamburgs, Kirchbaur, sprach sich aus, daß gegen die Einverleibung der Vorstadt St. Pauli ins Zollgebiet kein formelles Hinderniß vorliege. Die Hamburger Abgeordneten, Wolffson und Moering, bereiten eine diesbezügliche Interpellation vor. Nicht blos eine Deputation höherer preußischer Offiziere, sondern auch ein österreichischer Feldmarschall-Lieutenant geht nach Petersburg, um den Zar zum Geburtstag zu beglückwünschen. Man hält dies für mehr als eine Courtoisie.

London, 27. April. Der König von Birma ist gefährlich krank und nur durch Opferung von Jungfrauen heilbar. Cypern begrüßte den Regierungswechsel in England durch Kundgebungen.

Petersburg, 27. April. Die Verhandlungen mit einer Rothschildgruppe betreffs der Emission einer fünften Serie 5proc. Obligationen als Eisenbahnschuld nahen ihrem Ende. Mitte Mai wird die Subskription auf allen Hauptplätzen Europas eröffnet und wird der Emissionsbetrag von 15 Millionen Pfund sich zum Subskriptionspreise nicht unter 88 Proc. stellen. Der Ingenieur Saschka, Urheber des Millionendiebstahls, wurde im Gouvernement Minsk arretirt.

Locales und Sächsisches.

— Das 8. Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen enthält nachstehende aus Sachsen: Kaufm. Wilhalm in Gottleuba führt Beschwerde wegen verweigerter Gewährung der Invalidenwohlthaten. F. Münch, Vorsteher der Leipziger Gartenbaugesellschaft, u. Gen. bitten um Abänderung der internationalen Konventionen gegen die Weiterverbreitung der Reblaus und zwar hinsichtlich der Verpackung und Versendung von Blumen, Pflanzen, Sträuchern ꝛc. Um Wiedervertheilung des Ausfuhrzolles auf Lumpen petirt H. Rost, Pappenfabrikbesitzer zu Dippoldiswalde. Um Abänderung der Gewerbeordnung, Innungswesen, Gesellen- und Meisterprüfung ꝛc. bitten die Gewerbevereine zu Königsbrück, Marchau, Grünhainichen, Wolkenstein, Penig, Neustadt, Geyer, Oschatz, Oederan, Bischofswerda, Geithain, Ehrenfriedersdorf, Geringswalde, Schandau und Ostritz, ferner der Handwerkerverein zu Schellenberg und der Bürgerverein zu Rossen. Endlich bitten der Vorstand des Leistingvereins zu Leipzig um Abänderung der Gewerbeordnung in Betreff der Theaterfreiheit und der tynologische Verein zu Dresden um Abänderung der Gesetzesvorlage betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

— Am Montag fand in der Neustädter katholischen Kirche die Einsegnung eines glänzenden Brautpaares statt, durch welche zwei angesehene Familien Sachsens und der Schweiz in verwandtschaftliche Verbindung traten. Fräulein v. Wackerbarth, eine schlanke, junge Dame von sympathischer Erscheinung, aus dem Stamme des einst so weit berühmten kurfürstlich sächsischen und königlich polnischen Kabinetsministers und Feldmarschalles Grafen v. Wackerbarth und Nichte des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. A. v. Weber, sowie des Afrikareisenden und Thierschutz-Agitators E. v. Weber, wechselte den Treuring mit dem Landschaftsmaler Herrn Max v. Stürz aus Luzern, dessen effektvollen Landschaftsbilder wohl so Manchem unserer Leser von der jetzigen Kunstausstellung her bekannt sein werden. Das junge Paar reiste nach dem Hochzeitsschmause sofort ab, um auf den grünen Alpenwiesen der Schweiz den süßen Honigmond zu verleben; zum Herbst beabsichtigt Herr v. Stürz nach Dresden zurückzukehren und dann hier dauernd sein Atelier aufzuschlagen.

— Dem Veteranen Ludwig Pollstadt, der am Königs Geburtstag sein goldenes Hochzeits-Jubiläum feierte, leuchtete die Gnade seines Monarchen in einer denselben hochbeglückenden Weise. Herr Hofrath Dr. Carus, bei dessen Vater der Jubilar mehrere Jahrzehnte Kutscher gewesen war, überreichte ihm im Auftrage Sr. Majestät ein höchst ansehnliches Geldgeschenk. Auch Herr Hofrath Dr. Carus fügte reiche Geschenke hinzu.

— Die Organisation des Mahnvollziehungsamtes ist noch nicht geschlossen; die Stellungen von drei bisherigen Pikettarbeitern müssen zu drei festen Beamtenstellen umgewandelt werden und in Anerkennung des dargelegten Bedürfnisses hat der Rath dies auch beschlossen. Die Zahl der eingehenden Pfändungsaufträge wächst rapid. Sie betrug vom 1. October 1879 bis Ende März d. J. 12,881, von denen bis Mitte d. M. nur 9852 erledigt werden konnten. Zu bemerken ist, daß sich die Reste auf beide, Staats- und Communsteuern beziehen. Zu den da verbliebenen 2179 liegen schon wieder 4000 neue Pfändungsanträge wegen des diesjährigen ersten Termines der Miethzinsabgaben vor und stehen nun noch die vom 1. Termine der Einkommensteuer zu erwarten, so daß sich die Zahl der Pfändungsanträge nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres voraussichtlich auf 24,000 beziffern wird, eine Summe, deren äußerst bedauerliche Höhe doch gar nicht unbegreiflich ist, wenn man auf die immer lastenden Abgaben, namentlich auf die kommunalen blickt. Gegenüber dem früheren Vollstreckungsverfahren ist die Thätigkeit des neuen Mahnvollziehungsamtes resultatreicher; es wurden durch dasselbe bis Ende März d. J. ziemlich 88,000 Mark Rückstände eingetrieben; das Ergebniß der früheren Thätigkeit wa